

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 35 Berlin und Bonn

10. Juni 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Telemedizin und Fachhelferschaft

(BS) Die Wurzeln zur Telemedizin reichen schon über 140 Jahre mit der Ferndiagnose über das Telefon zurück. Seit über 40 Jahren ist eine drahtlose Übertragung von Gesundheitsdaten zur Diagnose und Therapie möglich. Dennoch steckt die Telemedizin immer noch in den Anfängen. Teilweise gibt es immer noch bemerkenswerte Restriktionen, wie z. B. das Verbot, radiologische Befunde via Telemedizin zu übertragen, ohne hierfür eine Ausnahmegenehmigung zu haben. Ist so etwas noch zeitgemäß? Ich meine nicht. Denn die Gerätschaften zur Abnahme medizinischer Daten von Blutdruck zu Sauerstoffsättigung über die Herzaktivität sind einfach zu bedienen, eine fachspezifische Auswertung erfordert jedoch geschulte, erfahrene Spezialisten. Genau hier wird die Telemedizin hoffentlich eine selbstverständliche Verbesserung darstellen.

Ausgebildetes Personal braucht man auch, um medizinisches Fachpersonal in Katastrophen und in Ausnahmefällen zu unterstützen. Der klassische Spontanhelfer kann sicher auch für ganz bestimmte Tätigkeiten eingesetzt werden, aber ohne Einweisung, Ausbildung und Schulung wird das kein großer Erfolg. Auch hier wäre ein Durchbruch wichtig, um die Resilienz in Deutschland zu verbessern.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

Gewalt gegen Rettungskräfte gestiegen

(BS) Das Thema "Gewalt gegen Rettungskräfte" steht regelmäßig auf der Tagesordnung von Politik und Öffentlichkeit. Für das vergangene Jahr konnte nun das Innenministerium in Erfurt eine unerfreuliche und eine erfreuliche Meldung veröffentlichen.

Die Zahl der Angriffe gegen Einsatzkräfte von Rettungsdienst und Feuerwehr ist stark angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Zahl der Gewalttaten um 57 Prozent auf 55 Fälle gestiegen. Davon entfallen 50 Angriffe auf Rettungsdienstkräfte und fünf Angriffe auf Feuerwehrkräfte. Dabei wurden 14 Rettungsdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie zwei Feuerwehrmänner verletzt.

Erfreulicherweise konnten im vergangenen Jahr alle Straftaten aufgeklärt und alle Täterinnen und Täter zur Verantwortung gezogen werden. "Wir werden nicht nachlassen und weiterhin diese Straftaten konsequent verfolgen. Ebenso wichtig ist aber auch, die Opfer im Rahmen einer entsprechenden Einsatznachsorge zu betreuen und zu unterstützen", unterstrich der thüringische Innenminister Georg Maier (SPD).

Konkret machten im vergangenen Jahr Widerstand gegen Rettungskräfte und tätliche Angriffe fast die Hälfte der Taten aus. Es



Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Rettungsdiensten und der Feuerwehr ist im vergangenen Jahr in Thüringen wieder gestiegen.

Foto: BS/cocoparisienne, pixabay.com

wurden 19 Fälle von Körperverletzung und in je elf Fällen Straftaten aufgrund von Freiheitsberaubung, Nötigung und Bedrohung festgestellt.

Um diesen Problemen zu begegnen, wurde im Landespräventionsrat eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese soll Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit entwickeln. Der Innenminister in Thüringen will zudem in die eigenen Maßnahmen und Kampagnen, wie der Aktion #RespektdenRettern, investieren.

3 Fragen – 3 Antworten – 3 Minuten
Behördenwissen zum Reinhören

STICHWORT
PUBLIC SECTOR
INSIDER

behoerden-spiegel.de/podcast

Der Podcast des
Behörden Spiegel

Geld für die JF Saarland Neue Empfehlung

(BS) Die saarländische Jugendfeuerwehr kann sich über einen Geldsegen in Höhe von 50.000 Euro freuen. Das Innenministerium in Saarbrücken unterstützt mit Zuschüssen mehrere Projekte und Maßnahmen.

Der Geldbetrag gliedert sich in vier Bereiche. Für Investitionen, Anschaffungen und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Brandschutzerziehung stehen 7.500 Euro bereit. Bei diesem Geld handelt es sich um eine Zuwendung, die der Jugendfeuerwehr im Saarland jährlich gezahlt wird. Die Mittel finanzieren sich aus der Feuerschutzsteuer.

1.000 Euro fließen als zweiter Posten in das Projekt "Kinder-Mitmach-Tag" des Deutschen Jugendfeuerwehrverbandes (DJF). Der dritte und größte Teil des Geldsegens kommt der Jugendreferentenstelle zugute. Dabei übernimmt das Innenministerium einen Teil der Lohnkosten, einen Beitrag der Leasingkosten des Dienstwagens der Jugendfeuerwehr und stellt eine Sachkostenpauschale bereit. Mit dem restlichen Geld wird die Arbeit im Landesjugendbüro unterstützt.

Der saarländische Innenminister Klaus Bouillon (CDU) unterstrich die Bedeutung der Arbeit der Jugendfeuerwehr für den Nachwuchs, der seit einigen Jahren wieder wächst, und erklärte: "Daher ist die Generierung von Nachwuchs eine essentielle Aufgabe und insbesondere der Jugendreferent oder die Jugendreferentin nimmt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle ein."

(BS) Der Fachausschuss Technik der deutschen Feuerwehren als gemeinsames Fachgremium des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF Bund) hat die neue "Fachempfehlung zur Konzeption von Hubrettungsfahrzeugen" herausgegeben.

Hubrettungsfahrzeuge seien sehr kostenintensiv und nur in geringer Stückzahl vorhanden. Ebenso würden sie nur selten ersetzt werden. Gleichzeitig würden viele Feuerwehren nicht über das Personal mit der entsprechenden Erfahrung für die Beschaffung verfügen. Zudem seien die Normen relativ komplex. Aus diesem Grund wurde die Empfehlung verfasst. Die Empfehlung solle als Argumentationshilfe gegenüber Politik und Verwaltung dienen und die Vorgänge für Feuerwehr-Laien transparent machen, erklärt Christian Schwarze, Vorsitzender des Ausschusses.

"Die neue Fachempfehlung soll eine Feuerwehr, die nach meistens mehr als 20 Jahren ihre Drehleiter ersatzbeschaffen soll, unabhängig und anwenderorientiert über Sinn und Nutzen der Ausstattungsmöglichkeiten informieren", ergänzt der Verfasser der Empfehlung, Daniel Roskos-Himbert. In dem Text werden die einzelnen Positionen der Ausschreibung, wie Fahrgestell, Aufbau, Leiterpark und Beladung, beleuchtet und technisch eingeordnet.

Die Fachempfehlung findet sich [hier](#).

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 7. Juni:](#)

- Deutschland als FCAS-Verlierer?
- USA: Mehr Geld für die Nuklearwaffen-Modernisierung

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 7. Juni:](#)

- Cyber Crime-Desktop für Saarlands Polizei
- Berlin erteilt eigenen Forschungsauftrag zu Rassismus
- Massiver Anstieg bei Kinderpornografie

[Podcast "Public Sector Insider" vom 8. Juni:](#)

- Verwaltungsvollzug und Finanzierung
- Vorsorge ist besser als Nachsorge

[Newsletter "E-Government, Informatik und Technologie und Politik" vom 9. Juni:](#)

- KRITIS: Der große Wurf bleibt aus
- Mehr Transparenz beim Verfassungsschutz



Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

ÖPNV, Taxi oder Uber?
Neue Mobilität fordert neuen Gesetzesrahmen

21.6.2021, 14.00 – 15.30 Uhr

 Mehr unter: www.neuestadt.org



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

Nds: Pilotprojekt zur Telenotfallmedizin

(BS) Nach den Bundesländern Bayern und Berlin treibt auch Niedersachsen die Telenotfallmedizin voran. Nachdem schon Anfang dieses Jahres ein Pilotprojekt für Telenotfallmedizin bei der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle des Landkreises Goslar gestartet wurde, wird nun ab dem 1. Juli der Landkreis Northeim in das zunächst auf zwei Jahre ausgelegte Projekt miteinbezogen.

Von dem telenotfallmedizinischen Standort Goslar sollen zukünftig 20 Notfallmedizinerinnen und –mediziner Notfallsanitäterinnen und –sanitäter in extra dafür ausgestatteten Rettungswagen (RTW) unterstützen. Durch die Telemedizin sollen in Echtzeit alle relevanten Gesundheitsdaten von der Einsatzstelle an die Mediziner gesendet werden. Die Mediziner unterstützen dann das Rettungsdienstpersonal vor Ort bei der Diagnostik und Therapie.

"Insgesamt werden wir ab dem 3. Quartal über 35 Rettungswagen und Notarzt-Einsatzfahrzeuge an den telenotfallmedizinischen Arbeitsplatz des Landkreises Goslar angebunden haben. Damit können mehr als 269.000 Einwohner versorgt werden! Dies ist ein wichtiger Beitrag, um mit der telenotfallmedizinischen Unterstützung eine weitere Verbesserung der Leistungsfähigkeit im Rettungsdienst zu erreichen", zeigt sich Stephan Manke (SPD), Staatssekretär im niedersächsischen Innenministerium, überzeugt.

Ziel des Projekts ist es, in Zukunft weiterhin eine sichere und umfassende Patientenversorgung bei sich gleichzeitig verändernden gesellschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Das Projekt wird von den Ärztlichen Leitungen des Rettungsdienstes der Landkreise Goslar und Northeim in Zusammenarbeit



Neben Bayern und Berlin treibt auch Niedersachsen die Einführung eines Telenotarzt-systems voran.

Foto: BS/planet_fox, pixabay.com

mit der Leitung der Telemedizin des Klinikums Oldenburg durchgeführt. Dazu stehen die Partner auch im Austausch mit dem Landesausschuss Rettungsdienst (LARD).

Weil Sie Gefahren nicht riechen können

Schützen Sie Leben und Gesundheit Ihrer Teams – mit tragbaren Gaswarngeräten, die gefährliche Gasentwicklung bei Rettungsarbeiten sofort erkennen. Sprechen Sie mit uns!

Wir kümmern uns drum.

Netze BW GmbH
Sparte Dienstleistungen
Telefon 0711 289-44148
gaswarngeräte@netze-bw.de
www.netze-bw.de/dienstleistungen



Ein Unternehmen der EnBW

 **Netze BW**
Sparte Dienstleistungen

Personalreserve gefordert

(BS) Der Malteser Hilfsdienst (MHD) und der Bundestagsabgeordnete Sebastian Hartmann (SPD) fordern den Aufbau einer Reserve von Personal mit medizinischen und pflegerischen Grundqualifikationen. Der derzeitige Bevölkerungsschutz reiche für langanhaltende Notlagen nicht aus, so die MHD-Vertreter.

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland sei zwar für lokale und zeitlich begrenzte Schadenslagen, wie Waldbrände oder Hochwasser, gut vorbereitet, für langandauernde Lagen sei jedoch eine Personalreserve nötig. Deshalb haben die Malteser auf Basis der Pandemieerfahrungen einen Vorschlag für eine neue Dienstmöglichkeit im Bevölkerungsschutz ausgearbeitet. Der Vorschlag trägt den Titel "Gesellschaftsdienst im Bevölkerungsschutz". Dieser Dienst soll auf vier Jahre ausgelegt werden. Dazu sollen Freiwillige zu Pflegehilfskräften ausgebildet werden. Als Voraussetzung einer solchen Reserve sieht Malteser Vize-Präsident Albrecht Prinz von Croÿ die Freistellung der freiwilligen Kräfte von ihren hauptamtlichen Tätigkeiten ohne finanzielle Einbußen an. "Wir haben ein gutes Bevölkerungsschutz-

system, das getragen wird von erfahrenen Hilfsorganisationen wie den Maltesern und Millionen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Die Corona-Pandemie hat aber gezeigt: In einer Krise, die nicht nur ein Bundesland betrifft, braucht es eine koordinierte Abstimmung über alle Ebenen hinweg – und damit mehr Entscheidungsspielraum und auch Zuständigkeiten für den Bund. Der Bund muss in der Lage sein, entschlossen und konsequent zu handeln", unterstrich Hartmann die Forderung nach einer Neuaufstellung des Bevölkerungsschutzes. Dazu gehöre eine Stärkung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Das BBK könnte mit einer Kompetenzerweiterung die Bundesländer mit z. B. einem zentral erstellten Lagebild oder einer zentral organisierten Beschaffung von Schutz- und Versorgungsmaterialien besser unterstützen.

Eigenes Konzept gefordert

Die Vertreter der Malteser und der Bundestagsabgeordnete forderten zudem, dass der Bund in Zukunft umfangreichere Vorhaltungen mit medizinischen Materia-



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Hartmann (links), Malteser Vorstandsvorsitzender Elmar Pankau (Mitte) und Vizepräsident des Malteser Hilfsdienstes (MHD), Albrecht Prinz von Croÿ (rechts) fordern eine Personalreserve im Bevölkerungsschutz.

Foto: BS/Malteser

lien, Arzneimitteln und sonstigen wichtigen Gütern gewährleisten muss. Der Bevölkerungsschutz müsse außerdem mit einem eigenen "Konzept Zivile Verteidigung" auf unterschiedliche Bedrohungsszenarien vorbereitet werden.

SifoLIFE geht weiter

(BS) Insgesamt 14 Forschungsprojekte sind nun im Zuge der Förderinitiative "SifoLIFE – Demonstration innovativer, vernetzter Sicherheitslösungen" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gestartet. Die Projekte befinden sich jetzt in der ersten Phase der Förderung. Die von einer Jury ausgewählten Kommunen erarbeiten nun mit ihren Partnern aus Wissenschaft und Forschung eine Planung für einen Testbetrieb bzw. einer Demonstration ihrer Sicherheitslösung. Bei der Demonstration soll der Öffentlichkeit und den Anwenderinnen sowie Anwendern das Potenzial der Lösung präsentiert werden. Die Projekte reichen von Lösungen für die Bewältigung von langanhaltenden Blackouts, die Sicherung von Großveranstaltungen hinzu Schutz bei Starkregenereignissen. Weitere Informationen zu den Projekten finden sich [hier](#).

iconos® Lösungen in der Brandbekämpfung



iconos® Kreisregner

- ☑ Keine Personaleinsatz erforderlich
- ☑ Sehr gut einsetzbar am Abend und in der Nacht
- ☑ Geringer Wasserverbrauch
- ☑ B-Schlauchanschluß: NEU in Größe D
- ☑ Beregnung einer Fläche von bis zu 1.800 m²

iconos® Vertriebs GmbH
Tel.: 0203-74 1469 • www.iconos-system.com

S-H: Zukunftskonzept für JF gestartet

(BS) Um den Betrieb der Jugendfeuerwehren in Schleswig-Holstein nach der Corona-Pandemie wieder erfolgreich aufzunehmen, wurde ein Zukunftskonzept mit einem Volumen von 255.000 Euro gestartet. Das nördlichste Bundesland fördert die Maßnahmen mit rund 230.000 Euro.

Als erste Bausteine des Konzepts konnte eine erste Lieferung bestehend aus Ausbildungs- und Ausrüstungsgegenständen im Wert von rund 120.000 Euro durch Kristina Herbst (CDU), Staatssekretärin im Innenministerium, an den Landesbrandmeister Frank Homrich und Landesjugendfeuerwehrwart Sascha Keßler übergeben werden. Das erste Paket umfasste zwei luftgetragene Zelte und eine Feuerlöscher-Trainingsanlage für den Ausbildungsbetrieb. Zudem erhalten alle 10.500 Mitglieder der Jugendfeuerwehr sowie die 3.500 Betreuerinnen und Betreuer als Motivationsgeschenk je eine gravierte Edelstahl-Trinkflasche.

"Hierdurch wollen wir auch die teilweise eingeschlafene bzw. überlagerte Begeisterung für die Jugendfeuerwehr wieder erwecken. Mit dem Alltagsgegenstand "Trinkflasche" kann diese Begeisterung sichtbar nach außen getragen werden – auch außerhalb des Jugendfeuerwehr-Dienstes", erklärte dazu Homrich.

Neben einer besseren materiellen Ausstattung soll die Jugendfeuerwehrarbeit im Bereich des Wettbewerbswesens überarbeitet und digitalisiert werden. Durch die Überarbeitung erhofft man sich eine Entlastung bei den Formalia und eine Beschleunigung der Prozesse. Dazu wird eine digitale Melde- und Auswertungsplattform entwickelt. Dafür sind 35.000 Euro eingeplant. Die weiteren Konzeptbausteine, für die bereits Förderzusagen vorliegen, umfassen u. a. Kommunikations- und Medientechnik für die Ausbildung und ein Zugfahrzeug für technisches Equipment der Landesjugendfeuerwehr.

"Durch die Anschaffung eines Zugfahrzeuges, mit dem auch ein Personentransport möglich ist, werden langfristig Reisekosten reduziert. Zudem müssen dann keine Ehrenamtlichen mehr den vorhandenen Transportanhänger im Jugendfeuerwehr-



Starteten das Zukunftskonzept: (v.l.n.r.) Landesbrandmeister Frank Homrich, stellv. Landesjugendfeuerwehrwart Rüdiger König, Innenstaatssekretärin Kristina Herbst, Landesjugendfeuerwehrwart Sascha Keßler, stellv. Landesjugendfeuerwehrwart Thorsten Weber und der Abteilungsleiter im Innenministerium Tilo von Riegen.

Foto: BS/LFV Schleswig-Holstein

zentrum mit ihren Privatfahrzeugen ziehen, wenn sie bei uns Equipment ausleihen. Aufgrund der Größe des Anhängers war dies oft schwierig und nur mit erheblichem finanziellem und organisatorischem Mehraufwand umzusetzen", erklärte dazu Keßler.

Ende der Katastrophe

(BS) Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat das Ende des Katastrophenfalls in Bayern festgestellt. Der Katastrophenfall wurde aufgrund der Corona-Pandemie im Freistaat schon am 9. Dezember vergangenes Jahr ausgerufen. Dies war der zweite Katastrophenfall im Zuge der Pandemie in Bayern. Der erste Katastrophenfall dauerte vom 16. März bis zum 16. Juni 2020 an.

"Unsere effektiven Schutzmaßnahmen sowie auch die Zahl der Impfungen haben das Virus stark ausgebremst und zu einer positiven Gesamtentwicklung des Infektionsgeschehens geführt. Die hervorragend eingespielten und auf die Herausforderungen der Pandemie angepassten Organisations- und Kommunikationsstrukturen in unseren Führungsgruppen Katastrophenschutz haben sich einmal mehr bewährt", erklärte Herrmann. Der Innenminister sprach allen Beteiligten seinen Dank aus und lobte die gute Zusammenarbeit. Im Zuge der Ausrufung des Katastrophenfalls wurden 104 Führungsgruppen Katastrophenschutz (FÜGK) zur Bewältigung der Krise einberufen.

Keine Impfungen bei Bundesbehörden

(BS) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von rund 20 Bundesbehörden im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums (BMI) müssen sich, falls sie sich über ihren Arbeitgeber gegen das Coronavirus impfen lassen wollen, noch gedulden. Grund dafür ist ein Streit bei den Vertragskonditionen zwischen dem BMI und dem Unternehmen "BAD Gesundheitsvorsorge". Betroffen sind u. a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Es handelt sich um rund 70.000 Impfungen. Der Vertrag scheiterte nach Medienberichten

aufgrund der im Vertrag stehenden Stornierungskosten. Diese wären angefallen, falls einige Termine nicht von den Bundesbehörden wahrgenommen werden könnten. Die nachverhandelte Frist von einer Stunde zur kostenfreien Absage sei nicht akzeptabel gewesen. Das finanzielle Risiko, heißt es, sei unvertretbar gewesen. Die Mitarbeiter der betroffenen Bundesbehörden sollen sich einen Impftermin bei ihrem Hausarzt oder bei einem Impfzentrum vereinbaren, falls sie sich vorzeitig impfen lassen wollen. Das BMI und das Beschaffungsamt des BMI (BeschA) würden nun nach einem alternativen Anbieter für die betriebsärztlichen Impfungen suchen.

BBK und VKU

(BS) Im Zuge der Neuausrichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) wollen das Bundesamt und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Zukunft stärker zusammenarbeiten. Dabei steht der Schutz von Kritischen Infrastrukturen (KRITIS), insbesondere die Sicherheit der Trinkwasserversorgung im Klimawandel, im Vordergrund. Nun fanden erste Gespräche statt.

Ziel der intensivierten Zusammenarbeit ist es, die Resilienz der Infrastrukturen weiter auszubauen. "Vorsorge ist der beste Schutz. Deswegen sollten wir uns noch intensiver für künftige Risiken wie hybride Bedrohungen und Klimawandel wappnen", so Armin Schuster, BBK-Präsident, und Ingbert Liebing, VKU-Hauptgeschäftsführer. Im Bereich der Trinkwassernetzversorgung stellt das BBK rund 60 Millionen Euro für die Sanierung von Trinkwassernetzbrunnen, Verbundleitungen und Notstromversorgung der Wasserversorger zur Verfügung.

Zudem soll die Wasserversorgung klimarobuster werden. Kommunale Wasserversorger und Abwasserentsorger würden deshalb ihre Systeme umbauen. "Dabei brauchen wir auch Unterstützung durch Bund und Länder", sagt Liebing. Bei der Entscheidung über Wasserrechte müsse gelten: Wenn das Wasserangebot in einer Region nicht für alle gewünschten Nutzungen ausreicht, müsse die öffentliche Wasserversorgung Vorrang haben, so der VKU-Hauptgeschäftsführer.

Bremer HLF geht zur DLRG

(BS) Ein ausgesondertes Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF) bekommt in Bremen eine neue Verwendung. Das Fahrzeug der Bremer Feuerwehr wurde an die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) in Bremen übergeben. Das ausgerüstete Fahrzeug wird von der Gesellschaft zukünftig als Gerätewagen Wasserrettung (GW Wasser) genutzt.

Auf dem ehemaligen HLF, Baujahr 1988, befindet sich nach einem Umbau in aufwendiger Eigenarbeit die Schutzausrüstung der Taucher, ein mobiler Kompressor zum Füllen von Pressluftflaschen, Bergemateri-



Ein älteres Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF) in Bremen bekommt bei der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) neue Aufgaben. Foto: BS/Klawon

al, mehre Hebesäcke, ein Eisrettungsboot sowie ein kleines Schlauchboot.



Innovationssymposium

Künstliche Intelligenz

29. Juni 2021

Hotel de Rome, Behrenstraße 37, 10117 Berlin

www.innovationssymposium-ki.de

Behörden Spiegel

JETZT ANMELDEN

Forschungsprojekt zum Rettungsdienst gefördert

(BS) Das Land Baden-Württemberg fördert ein Forschungsprojekt, das Kriterien für eine einheitliche Rettungsdienststruktur erarbeiten soll. Das Projekt wird vom Health Care Lab (HCL) des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) durchgeführt. Dazu stellt das Land Mittel in Höhe von 220.000 Euro über den Zeitraum von zwei Jahren bereit.

Konkret sollen Planungskriterien zur landesweit einheitlichen Gestaltung von Rettungsdienststrukturen entwickelt werden, die die komplette Rettungskette berücksichtigen und dem Stand von Praxis sowie Wissenschaft entsprechen. Am HCL wird schon seit einigen Jahren im Bereich Digitale Rettungskette und speziell zu logistischen Leistungen von Rettungsdienstsystemen geforscht. Diese Forschung soll nun ausgebaut und auf das Bundesland zugeschnitten werden. Schlussendlich sollen diese Kriterien dann in jedem der 35 Rettungsdienstbe-

reiche in Baden-Württemberg angewendet werden.

"Im Rettungsdienst geht es um die Gesundheit der Patientinnen und Patienten. Da kann man nicht einfach im laufenden Betrieb experimentieren. Deswegen freue ich mich, dass die Forscher am KIT die Basis für ein leistungsfähiges Simulationsmodell entwickeln – damit lassen sich die Auswirkungen etwa von Standortverlegungen oder Vorhalteerweiterungen präzise simulieren, bevor sie in der realen Welt umgesetzt werden", erklärte Wilfried Klenk (CDU), Staatssekretär im Innenministerium Baden-Württemberg, dazu.

Bisher wurden in den Rettungsdienstbereichen eigene Gutachten erstellt, wie viele Rettungsmittel vorzuhalten sind. Diese Gutachten werden von den jeweiligen zuständigen Bereichsausschüssen zumeist bei Drittanbietern in Auftrag gegeben. Diese



In Baden-Württemberg sollen einheitliche Kriterien für die Planung von Rettungsdienststrukturen erarbeitet werden.

Foto: BS/markus roider, pixabay.com

Planungen kommen aufgrund von knappen Ressourcen lokal häufig an ihre Grenzen. Zudem blieben neuere Entwicklungen wie Telegenotärzte oder die Kompetenzerweiterung von Rettungsdienstpersonal unbeachtet.

Geodaten künftig krisensicher verfügbar

(BS) Das Land Nordrhein-Westfalen stellt Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ab sofort eine neue Software zur Verfügung. Die Anwendung namens KriSiGEO NW bietet Geodaten wie etwa topographische Karten, Luftbilder oder Standorte von Krankenhäusern an. Und das krisensicher und netzunabhängig.

Entwickelt wurde KriSiGEO NW von der Abteilung Geobasis NRW der Bezirksregierung Köln im Auftrag des Düsseldorfer Innen-

ministeriums. Das Geoinformationssystem enthält zudem anonymisierte Einwohnerdaten, die aus dem Zensus abgeleitet sind. Die Software ist unabhängig von Stromnetz und Internet. Sie ist so konzipiert, dass sie in einem Krisenfall auch von Geodaten-Laien bedient werden kann. Der hinterlegte Datenbestand enthält auch Geobasisdaten benachbarter Bundesländer und Nachbarstaaten. Im Krisenfall kann so grenzübergreifend zusammengearbeitet werden. Die

BOS können zudem eigene örtliche Daten wie zum Beispiel Feuerwehrbewegungsflächen oder Rettungspunkte in die Anwendung eintragen.

Das Land stellt den BOS KriSiGEO NW mit ausgewählten Daten und Softwarekomponenten kostenfrei zum Download bereit. BOS können sich per E-Mail (geobasis@bezreg-koeln.nrw.de) registrieren und werden dann zum Download der Anwendung freigeschaltet.

DAS NEUE E-JOURNAL.

Dein Newsfeed. Dein Ratgeber.
Deine Plattform für den
Öffentlichen Dienst von morgen.
www.f4p.online



Ausbildungsoffensive in RLP gefördert

(BS) Mit der Öffnung der Freibäder Anfang Juni soll der Schwimmunterricht von Kindern besonders gefördert werden. Darauf einigten sich der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz (SPD), und der Präsident des Landesverbands Rheinland-Pfalz der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Andreas Beck.

Die DLRG will in einer Ausbildungsoffensive vermehrt Schwimmunterricht vor Ort anbieten. Neben Ferien-Schwimmcamps könnten auch gemeinsame Projekte mit den Schulen durchgeführt werden. Das Land Rheinland-Pfalz stellt für das Kleinkinderschwimmen und zusätzliche Schwimmbildungsangebote pro Jahr 40.000 Euro zur Verfügung.

"Es ist wichtig, dass Kinder bereits in frühen Jahren das sichere Schwimmen erlernen und trainieren, um auch in Gefahrensituationen besser reagieren zu können.

Deshalb wird das Land die Fördergelder für das Kleinkinderschwimmen der DLRG erhöhen", sagte Lewentz.



HabensichaufeinverstärktesSchwimmbildungsangebot geeinigt: Roger Lewentz (SPD), Innenminister von Rheinland-Pfalz, und Präsident des Landesverbands Rheinland-Pfalz der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Andreas Beck (links).

Foto: BS/Mdl RLP

AKNZ zertifiziert

(BS) Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat ihr Qualitätsmanagement-System (QM) erneut zertifizieren können. Mit dem System wird gewährleistet, dass die Ausbildung und die Abläufe an der Akademie effizient erfolgen. Die AKNZ sei damit die einzige Bildungseinrichtung im Bevölkerungsschutz, die ein nach einer internationalen Norm zertifiziertes QM-System hat. Die Zertifizierung ist bis Anfang 2024 gültig. Die AKNZ arbeitet seit 2015 nach dem zertifizierten QM-System nach DIN ISO 29990. Diese Norm ist jedoch ausgelaufen. Dem entsprechend bereiten sich die Verantwortlichen am AKNZ vor, die Akademie 2024 nach der Nachfolgenorm DIN-ISO 21001 zertifizieren zu lassen. Die neue Norm lege noch mehr Wert auf die Kunden- und Prozessorientierung.

16.-17. Juni 2021 **Online-Event**

Münchner **CYBER Dialog** 2021

Gemeinsam im Kampf gegen Cyber-Kriminalität

Referent/-innen:

Carsten Meywirth,
Abteilungsleiter Cybercrime,
Bundeskriminalamt

Markus Jerger,
Bundesgeschäftsführer,
Bundesverband mittelständische
Wirtschaft e.V.

Sebastian Fiedler,
Bundesvorsitzender, Bund
Deutscher Kriminalbeamter e. V.

Dr. Konstantin von Notz,
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender,
Bündnis 90/ Die Grünen

Letitia Kernschmidt,
CERT-Bund, Vorfallsbearbeitung
und Verbindungsstelle Nationales
Cyber-Abwehrzentrum

Dirk Fleischer,
Security Consultant (CSO/
CISO), Dürr AG

Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger,
Professur für Soziologie und
Kriminologie, Hochschule
für Polizei und öffentliche
Verwaltung NRW

Und viele weitere



FORMATE:
**Keynotes, Online-Panels,
Dialogforen und Werkstätten**



FOKUS:
**Threat Landscape, Ransomware,
Cyber-Spionage, sicheres Homeoffice**

Aktuelles Programm und Anmeldung unter: www.muenchner-cyber-dialog.de

Eine Veranstaltung der Cyber Akademie –
Ihr Zentrum für digitale Souveränität



Medienpartner: **Behörden Spiegel**

Kooperationspartner:



Innovationssymposium Künstliche Intelligenz real in Berlin

(BS) Es kommt Dampf auf den Kessel beim Thema Künstliche Intelligenz. Die EU-Kommission will Europa zu einem primären Hub für die Schlüsseltechnologie machen. Im Sinne der digitalen Souveränität soll Europa nicht nur im Bereich der Grundlagenforschung, sondern besonders bei der Entwicklung von Anwendungen vorne mitspielen und den bevorstehenden technologischen Wandel aktiv mitgestalten. Im Tandem mit der KI-Strategie des Bundes eröffnet der Verordnungsvorschlag der Kommission Chancen für die Entstehung eines innovativen Öko-Systems für die Künstliche Intelligenz in Deutschland und Europa. Gleichzeitig ergeben sich Beschränkungen für riskante Anwendungsfelder, so im hoheitlichen Bereich und wenn KI Entscheidungsprozesse mit direkter Auswirkung auf Bürgerinnen und Bürger unterstützt oder gänzlich abbilden soll. Die richtige Balance zwischen Innovationsförderung und dem richtig verstandenen Schutz ethischer Grundwerte wird sich noch finden müssen. Schließlich werden konkurrierende Märkte in den USA und China nicht nur weiter mit größeren Fördertöpfen und mehr Wagniskapital gesegnet sein, sondern auch mit mehr Freiheiten für neue Geschäftsmodelle aufwarten können.

Anwendungen von KI im öffentlichen Sektor

Während sich Europa industriepolitisch gerade also neu justiert, sind innovative KI-Anwendungen längst im Einsatz und zeigen

ihr Potential, in etlichen Bereichen Effizienz und Schnelligkeit von Analyse- oder Entscheidungsprozessen massiv zu erhöhen oder in vielen Fällen sogar völlig neue Anwendungen und Verfahren zu ermöglichen. Das [Innovationssymposium Künstliche Intelligenz](#) wird zum zweiten Mal einen Überblick über konkrete Anwendungsfälle von KI im öffentlichen Sektor geben. Die Veranstaltung des Behörden Spiegel findet unter Umsetzung eines gründlichen Hygienekonzepts real am 29. Juni 2021 in Berlin statt.

Das Symposium bringt führende Entscheiderinnen und Entscheider aus Staat und Verwaltung zusammen, um den aktuellen Stand der KI-Nutzung im Behördenumfeld zu diskutieren und Perspektiven für die Zukunft auszuloten. Moderator ist Reinhard Wolski (Generalmajor a.D.), der in seiner letzten Verwendung als Amtschef des Amtes für Heeresentwicklung beteiligt war als das Fundament für die Nutzung von KI in der Bundeswehr gelegt wurde.

Praxis im Fokus

Auf dem Innovationssymposium Künstliche Intelligenz werden Vertreter aus Ministerien, Behörden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen konkrete KI-Projekte aus unterschiedlichsten Anwendungsfeldern vorstellen. Dazu gehören die äußere und Innere Sicherheit genauso wie die Gesundheitsfürsorge, der Klimaschutz und die neue Mobilität. Beleuchtet werden unter anderem Vorhersagesysteme für die Behörden und Organisationen mit



Künstliche Intelligenz wird in den kommenden Jahren für große und kleine Revolutionen in praktisch allen Branchen und Lebensbereichen führen. Auch Behörden nutzen bereits erste innovative KI-Anwendungen. Das Innovationssymposium Künstliche Intelligenz am 29. Juni in Berlin gibt einen Überblick.

Foto: BS/Mike MacKenzie, [CC BY 2.0](#), [www.flickr.com](#)

Sicherheitsaufgaben, die Auswertung von Massendaten in Umweltschutz und Landwirtschaft sowie bürgernahe Dialogsysteme zur Information oder Begleitung von Verwaltungsvorgängen.

Parallel zum Symposium gibt der Behörden Spiegel ein Begleitheft heraus, das den aktuellen Diskussionsstand um KI im öffentlichen Sektor festhält. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten das Heft auf der Veranstaltung in Berlin.

Programm sowie die Anmeldemöglichkeit unter [www.innovationssymposium-ki.de](#)

DIGITALER STAAT
ONLINE PARTNER
WEBINAR.

EU-Whistleblowing-Richtlinie – Wie Behörden jetzt richtig agieren

Mittwoch, 30. Juni 2021, 9.30 – 11.00 Uhr



Ari Albertini
Revenue Flow Manager,
FTAPI Software



Marc Korthaus
Gründer und Geschäftsführer,
SysEleven GmbH



Dr. Rebekka Krause
Salary Partner,
Taylor Wessing



Dr. Oliver Bertram
Equity Partner, Taylor Wessing



Carsten Knoop
Geschäftsführer,
audatis Services GmbH





WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

23. Juni 2021, 09:00 – 16:00 Uhr

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Thomas Zawadke, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: **www.fuehrungskraefte-forum.de**; Suchwort „Feuerwehr“

Falls die Veranstaltungen aufgrund der Pandemielage nicht vor Ort durchgeführt werden können, bieten wir die Inhalte in Rücksprache mit den Teilnehmenden am selben Tag virtuell an.

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Matthias Lorenz, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Michael Harbeke, Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistenten: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.